



Wahlprogramm der FDP Obertshausen zur Kommunalwahl am 27.3.2011



Erfolgreich vor Ort: Lösungen statt Losungen

Inhalt

Erfolgreich vor Ort: Lösungen statt Losungen.....	1
Verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger	2
Kundenorientierte & Moderne Kommunalverwaltung.....	4
Lebendige Kommune durch bürgerorientierte Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik.....	4
Innovative Wirtschaftsförderung – Vorfahrt für Arbeit!	6
Sichere Stadt	6
Toleranz und Integration.....	7
Stärkung des Bürgerengagements: Lebensqualität durch vielfältiges Kultur- und Vereinsleben	7
Kinder- und familienfreundliches Obertshausen	8
Selbstbestimmtes Leben stärken – Liberale Seniorenpolitik.....	9
Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen – Liberale Umweltpolitik	9

Liberaler Bürgergesellschaft vor Ort: Unsere Kommune, unsere Heimat

Ziel unseres Handelns ist die Liberale Bürgergesellschaft, die zu Veränderung von Prioritäten und zur Setzung neuer kommunalpolitischer Akzente führt.

Die Stadt Obertshausen ist unsere Heimat und die kleinste politische Ebene, die das Zusammenleben bestimmt.

Die Politik der FDP legt die Schwerpunkte ihrer Handlungsfelder schon immer auf die im Sinne einer freien Bürgergesellschaft zu schaffenden Rahmenbedingungen zum Leben und Arbeiten, einer Gesellschaft, in der sich jeder Einzelne einsetzt - für sich und andere.

Unser Obertshausen ist der Ort für persönliches Engagement im Sinne der liberalen Verantwortungs- und Bürgergesellschaft. Hier ist die Möglichkeit des Einzelnen, seinen unmittelbaren Lebensraum, seine Lebensbedingungen und seine Lebensqualität selbst zu erkennen und mitzugestalten.

Liberale wenden sich an aktive, nach- und weiterdenkende Obertshausener Bürger, denen persönliche Freiheit der wichtigste Wert im Leben ist.

Liberale Politik ist ein ständiger Kampf gegen Vorurteile und blindem Festhalten am scheinbar Bewährten, deshalb ist sie in vielen Fällen zunächst unbequem und wenig populär.

Für Liberale gilt das Prinzip der Subsidiarität, der Vorrang der kleineren Einheit: Auf höherer Ebene darf nur geregelt werden, was auf unterer Ebene nicht besser geregelt werden kann.

Die FDP ist keine Partei des „allen wohl und niemand weh“, sondern sucht durch konkrete Maßnahmen und Vorschläge das Miteinander und die Lebensbedingungen in unserer Stadt zu verbessern.

Je mehr Bürger uns wählen - desto mehr können wir durchsetzen!

Mit der Freiheit ist es wie mit der Gesundheit – sie wird als selbstverständlich wahrgenommen, solange man sie hat. Erst wenn sie (teilweise) fehlt, wird sie als wertvoll eingeschätzt.

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der sich jeder Einzelne einsetzt – für sich und andere.

In der Bürgergesellschaft ist ehrenamtliches Engagement die Voraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen. Hier in der Kommune wollen wir Obertshausener Liberale unsere Lebensbedingungen und Lebensqualität mitgestalten.

Wir sind gegen absolute Mehrheiten und gegen die Alleinherrschaft gleich welcher Partei!

Wir legen großen Wert auf eine bürgernahe und transparente Politik, die den Bedürfnissen der Menschen in unserer Stadt entspricht. Wichtiger Bestandteil der liberalen Bürgergesellschaft ist der stärkere Einfluss der Bürger auf kommunale Sachentscheidungen durch Bürgerbeteiligungen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.

Die FDP hat durch die Einführung des Kommunalwahlrechtes seit 2001 auf Landesebene für einen stärkeren Einfluss der Bürger auf die Zusammensetzung der Kommunalparlamente und damit auf die

Wahlprogramm der FDP Obertshausen zur Kommunalwahl am 27.3.2011



kommunalen Entscheidungsprozesse gesorgt. Seit der Kommunalwahl 2001 kann der Wähler zwischen den Kandidatinnen und Kandidaten verschiedener Listen auswählen (Panaschieren) und zusätzlich mehrere Stimmen auf einzelne Kandidatinnen und Kandidaten häufen (Kumulieren). Damit hat der Bürger bessere Einflussmöglichkeiten auf die Zusammensetzung der Kommunalparlamente.

Die FDP hat kürzlich in der hessischen Landesregierung durchgesetzt, dass Volksbegehren einfacher werden: es müssen nur noch 2% der Wähler innerhalb von 2 Monaten ihre Unterstützungsunterschrift leisten (vorher: 3% in 14 Tagen).

Verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger

Liberaler Kommunalpolitik will die Lebensqualität unserer Stadt gestalten und erhalten.

Eine ausreichende Finanzausstattung ist der Kern kommunaler Selbstverwaltung. Deshalb ist uns die Zurückgewinnung finanzieller Spielräume für den Obertshausener Haushalt ein zentrales Anliegen, um den zukünftigen Generationen notwendige Gestaltungsspielräume zu eröffnen.

Solide Politik setzt gesunde Finanzen voraus. Wollen wir nachfolgenden Generationen nicht aufbürden, hinterlassene Schuldenberge abzutragen, ohne Spielraum zur eigenen Gestaltung zu haben, darf auch Obertshausen auf Dauer nicht mehr ausgeben als einnehmen.

Die Verankerung der Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung ist deshalb unabdingbar.

Mittelfristiges Ziel muss es deshalb sein, durch eine grundsätzliche Neustrukturierung der kommunalen Finanzen die Kommunen von der instabilen Gewerbesteuer unabhängiger zu machen und so die Planbarkeit zu erhöhen.

Kurzfristig strebt die FDP eine Reduzierung der kommunalen Defizite durch Sparmaßnahmen in Zeiten knapper Kassen an.

Der Haushalt und die Finanzen der Stadt werden die beherrschenden Themen 2011-2016 sein.

Bedingt durch die strukturellen Finanzprobleme und fehlende Gewerbesteuereinnahmen wurden Schulden gemacht, welche über die Zinszahlungen den finanziellen Spielraum in der Zukunft weiter massiv einengen.

Wir wehren uns dagegen, dass künftige Generationen für heutige Ansprüche bezahlen müssen.

Die Schuldenentwicklung der Stadt Obertshausen (Anfang 2010: 23 Mio. €, Prognose Ende 2014: 87 Mio. €) muss daher gebremst bzw. umgekehrt werden.

Dazu müssen wir Maßnahmen finden, die es uns erlauben, in Zukunft wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und die aufgelaufenen Schulden abzubauen. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen (Bund, Land und Kreisbürden den Kommunen zusätzliche Aufgaben ohne Finanzierung auf, erhöhen zu zahlende Umlagen, reduzieren Einnahmen aus zu empfangenden Umlagen, Gewerbesteuereinnahmen sind massiv eingebrochen) wird dies Jahre in Anspruch nehmen. Die FDP bekennt sich deshalb zu Möglichkeiten der Entlastung der Kommunen. Dies kann unter anderem durch die Absenkung zentraler Standards in den Kommunen seitens des Bundes und des Landes erfolgen.

Die Einführung der kaufmännischen Buchführung (Doppik) in der Stadtverwaltung hat die erhoffte Transparenz verbessert.

Nun gilt es, die Erkenntnisse zu analysieren und in neue Maßnahmen umzusetzen.

Folgende konkreten Maßnahmen wollen wir in den nächsten 5 Jahren umsetzen, um Obertshausen wieder Spielräume zu verschaffen.

- **Beiträge und Gebühren haben Vorrang vor Finanzierung über Steuern.**

Beiträge und Gebühren sind zweckgebunden, lassen sich in ihrer Zusammensetzung vorrechnen und werden in eigenen Unterhaushalten geführt. Das ist für Bürger nachvollziehbar und transparent.

- **Kostenbewusstsein und ständiges Überprüfen der Arbeitsweise auf Verbesserungsmöglichkeiten sind unerlässlich.**

Es reicht nicht mehr, die Budgets zu kürzen oder Haushaltssperren zu verhängen, um einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen – in vielen Punkten sind diese Maßnahmen ausgereizt. Nur mit der Bereitschaft, eine gegebene Aufgabe mit anderen Arbeitsweisen zu lösen, lassen sich ggf. kostengünstigere Ergebnisse erzielen.

- **Die Vereinsförderung ist mit Sach- und Geldleistungen neu zu ordnen und in transparenter Weise für Vereine und Bürger darzustellen.**

Die Vereinsförderung ist uns ein wichtiges Anliegen – hier wird Gemeinschaft auf Basis gemeinsamer Interessen von den Bürgern organisiert und gelebt. Als freiwillige Leistung ist die Vereinsförderung in Zeiten kommunaler Haushaltsdefizite jedoch immer angreifbar – um

Wahlprogramm der FDP Obertshausen zur Kommunalwahl am 27.3.2011



sie erhalten zu können, und sowie Vereinen als auch der Kommune Planungssicherheit zu geben, benötigen wir Transparenz als gemeinsame Diskussionsgrundlage.

- **Aufgelaufene Schulden und neue Schulden sind mit einem Tilgungsplan zu versehen. Dieser ist zu veröffentlichen.**

Defizite der Vorjahre werden zu Schulden, sammeln sich an und entziehen sich schnell der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Daher sind die Auswirkungen und die Fortschritte den Bürgern regelmäßig zu berichten.

- **Gebührenhaushalte (außer Kinderbetreuung) müssen möglichst kostendeckend sein.**
- **Einführung einer Straßenbeitragssatzung, sobald das „Rheinland-Pfalz-Modell“ auch in Hessen möglich ist.**

Die Kommunalaufsicht fordert die Einführung einer Straßenbeitragssatzung von Kommunen mit Haushaltsdefiziten, um über diese Transparenz sicherzustellen, dass die Kommunen ihren Aufgaben nachkommen. Das ist in unserer Sicht eine sinnvolle Maßnahme.

Das derzeitige Kommunale Abgabengesetz in Hessen sieht jedoch vor, dass bei einer Beitragssatzung die Kosten einer Straßensanierung den direkten Anliegern berechnet werden – das sind schnell fünfstelligen Summen, für die keiner vorgesorgt hat. Eine Neufassung ist in Hessen in Arbeit, wonach wie in Rheinland-Pfalz alle Einwohner einen monatlichen Beitrag leisten, der dann für die Finanzierung der Straßensanierungen verwendet wird.

Die Einführung einer Straßenbeitragssatzung nach diesem Modell streben wir an.

- **Grundsteueranpassung auf Kreisdurchschnitt, wenn die Schuldenbremse bei Volksabstimmung bestätigt wird.**

Die Erhöhung der Grundsteuer auf den Kreisdurchschnitt ist eine weitere Forderung der Kommunalaufsicht zur Verbesserung der Einnahmensituation. Wenn sich die Mehrheit der hessischen Wähler für die Schuldenbremse entscheidet, sehen wir dies als Zustimmung für diese Maßnahme.

- **Keine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes, um Basis für weitere Ansiedlungen und somit Gewerbesteuerzahler zu haben.**

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sollen über mehr Gewerbesteuerzahler erhöht werden. Eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes erschwert Neuansiedlungen im neuen Gewerbegebiet „Herbäcker“. Die Gewerbesteuer wird vom Gewinn gezahlt – wenn keine Gewinne vorhanden sind, hilft auch ein hoher Gewerbesteuerhebesatz nichts. Ca. 10 Gewerbesteuerzahler zahlen ca. 50% des Gewerbesteueraufkommens in Obertshausen.

- **Überprüfung des städt. Wohnungsbestandes durch das Gebäudemanagement und Verkauf ausgewählter Immobilien zur Verbesserung der Einnahmensituation.**

Die Stadt Obertshausen besitzt etliche Immobilien. Diese sollen von Gebäudemanagement nach Übereinstimmung mit den städt. Zielen kategorisiert werden. Immobilien, welche dem Zielsystem nicht oder nur bedingt entsprechen, sollen verkauft werden.

- **Überprüfung der durch den Bauhof erbrachten Dienstleistungen und die optimale Betriebsform für diese Dienstleistungen für die Stadt Obertshausen sowie Prüfung interkommunaler Zusammenarbeit.**

Der Bau- und Betriebshof erbringt Dienstleistungen für alle Bereiche der städt. Verwaltung. Mit 47 Stellen und einem großen (notwendigen) Maschinenpark stellt er eine gewichtige Kostengröße für die Stadt dar. Es soll geprüft werden, wie diese Dienstleistungen am wirtschaftlichsten erbracht werden können – explizit soll die interkommunale Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten geprüft werden.

- **Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen bei erwiesenen Kosteneinsparungen.**
- **Erlebnisbad: Prüfung von integriertem Freibad, Verbesserung der Einnahmensituation für die Stadt durch Erweiterung Sauna, Alternativen der Eigentumsverhältnisse**

Das Erlebnisbad ist von den Besucherzahlen her eines der 10 größten Bäder Deutschlands, durch die Insolvenz von Atlantis und dem ausgeübten Heimfallrecht nun im Eigentum der Stadt bzw. ihrer Beteiligungsgesellschaft. Im Saunabereich müssen Baumängel saniert werden, mit dem Betreiber wurden Erweiterungsmöglichkeiten für den Saunabereich diskutiert und seitens der Stadt detaillierte Planungen für ein in das Erlebnisbad integriertes Freibadangebot vorgelegt. Wenn ein Freibadangebot finanzierbar ist, dann nur als integrierter Teil des Erlebnisbades und unter Nutzung des Geländes für Veranstaltungen. Wenn die Erweiterung des Saunabereiches die Wirtschaftlichkeit des Erlebnisbades für die Stadt verbessert, werden wir diese befürworten. Wenn es eine für die Stadt attraktive Möglichkeit gibt, das Erlebnisbad zu verkaufen, werden wir dies befürworten.

- **Anstreben der Rückübertragung des Grundstückes Fröbelschule vom Kreis Offenbach**
- **Konnexitätsprinzip: „wer bestellt, bezahlt“**

Wahlprogramm der FDP Obertshausen zur Kommunalwahl am 27.3.2011



- Wir Liberalen werben zudem am 27. März 2011 für eine **Verankerung der Schuldenbremse** in der Hessischen Verfassung, die die Politik verpflichten soll, bis zum Jahr 2020 keine neuen Schulden mehr zu machen. Die Schuldenbremse ist der Zukunftspakt mit unseren Kindern und Enkel, denn das Geheimnis des Sparens ist der Verzicht und nicht die Erhöhung der Einnahmen. Dies soll der Wendepunkt für die nachfolgenden Generationen hin zu einer schuldenfreien Politik sein!

Kundenorientierte & Moderne Kommunalverwaltung

Die Arbeit der Gemeinde-, Stadt- oder Kreisverwaltung prägt wesentlich das Bild, das sich Bürger von ihrer Gemeinde, ihrer Stadt oder ihrem Landkreis machen. Liberale wollen, dass die Verwaltung ihre Aufgaben als Dienst für den Bürger begreift.

Mit der Erreichbarkeit in zentraler Ortslage mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten und durch Nutzung moderner Medien wird die Serviceleistung der Verwaltung erhöht. Dabei gilt der Grundsatz: "Verwaltung soll dienen und nicht herrschen."

Verwaltungsmodernisierung und damit Bürokratieabbau ist eine wesentliche Aufgabe im kommunalen Bereich. Schlanke Verwaltung ist kein Wert an sich, sie muss bei den Bürgern die Bereitschaft zur Selbstorganisation und Eigenverantwortung anstoßen. Nur so entsteht in der Bürgergesellschaft ein aktives Beziehungsgeflecht, eine verbesserte Verbindung zwischen Bürgern und Verwaltung.

E-Government bietet die große Chance, unsere Verwaltungen von Grund auf einfacher, schneller, effizienter, wirksamer und damit bürgerfreundlicher zu machen. Die Kommunen müssen ihre Online-Dienstleistungen weiter ausbauen. Damit können auch Mobilitätsnachteile teilweise kompensiert werden.

Wie viele Gemeinden des Rhein/Main-Gebiets hat Obertshausen einen hohen Pendleranteil. Das macht es notwendig, für diese Bürger bessere Zugänge zu kommunalen Dienstleistungen zu schaffen. In diesem Zusammenhang sollten die Bedürfnisse der Bürger durch Befragungen ermittelt werden. Hiermit lässt sich eine Verbesserung der Serviceleistungen (z.B. durch Einsatz moderner Medien) und der Kundenfreundlichkeit erreichen.

Für eine kundenfreundliche Verwaltung regt die FDP daher an:

- Die Bürger werden von den Verwaltungen gebeten, freiwillig ihre E-Mail-Adressen zur Verfügung zu stellen, um in Zukunft Bescheide und Rechnungen per E-Mail versenden zu können. Dadurch werden erst die Voraussetzungen für die elektronische Kommunikationsfähigkeit zwischen Bürger und Verwaltung geschaffen. In Zukunft hat dann die Verwaltung neben der postalischen auch die elektronische Adresse gespeichert.
- Die Restrukturierung der Verwaltung nach den Erfordernissen des E-Government. Digitalisierung kann die Komplexität von Verwaltungsvorgängen reduzieren. Diese Entschlackung der Behördenwege (Vereinfachung von Formularen; Überprüfung einzelner Prozess-Schritte etc.) soll mit der Einführung von E-Government durchgeführt werden, um die Effizienzvorteile auch maximal ausnutzen zu können.
- Die Schaffung von Nutzeranreizen durch schnellere Bearbeitungszeiten, ermäßigte Gebühren, One-Stop-Abwicklung von Verwaltungsdienstleistungen, um die Bürger zur stärkeren Nachfrage elektronischer Dienstleistungen zu bewegen.
- Befragung von Bürgern zur Verbesserung der Effizienz der benötigten Dienstleistungen
- Ausbau des „virtuellen Rathauses“: mehr Serviceleistungen über das Internet und Informationen zur Bürgerbeteiligung begleitend zu Präsenzveranstaltungen (z. B. Stadtbau, Bürgerversammlungen). Auch der Haushalt und die Finanzberichte sollen nach der öffentlichen Vorstellung im zuständigen Ausschuss für alle Bürger im Internet einsehbar sein.
- An der Vision von einem Bürgerbüro halten wir als Ziel fest – die zeitliche Umsetzung machen wir abhängig von der finanziellen Lage und den baulichen Möglichkeiten.

Lebendige Kommune durch bürgerorientierte Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik

Lebendige Kommunen brauchen eine Stadtentwicklung, die sich an den Bedürfnissen der Bürger orientiert. Dies beinhaltet neben einer modernen Stadtentwicklungspolitik auch eine moderne Verkehrspolitik, die die Interessen der Bürger berücksichtigt und ihre Mobilität sichert. Obertshausen hat historisch bedingt zwei Stadtkerne und ist durch Verkehrswege in mehrere Quartiere aufgeteilt und in der Ausbreitung scharf begrenzt. Diesen geographischen Besonderheiten muss bei der Entwicklung der Stadt Rechnung getragen werden. In den vergangenen Jahren hat eine Verlagerung und Konzentration des Einzelhandels auf wenige überregionale Unternehmen am

Wahlprogramm der FDP Obertshausen zur Kommunalwahl am 27.3.2011



Ortsrand ohne Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel stattgefunden. Der Bürger muss für den täglichen Einkauf also zunehmend das Auto benutzen.

Bürger ohne eigenen PKW sind damit immer mehr von der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs abgeschnitten und der innerörtliche Verkehr und damit verbundene Lärm nimmt zwangsläufig zu.

Wie können wir diese Probleme lösen?

Voraussetzung für das Funktionieren gewachsener Innenstädte ist ihre schnelle Erreichbarkeit. Dafür ist eine Kombination verschiedener Verkehrsmittel notwendig. Aus Sicht der Liberalen müssen Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und der öffentliche Personennahverkehr in der kommunalen Verkehrsgestaltung einen gleichwertigen Platz einnehmen mit der Möglichkeit, verschiedene Verkehrsmittel bedarfsgerecht zu kombinieren.

Wir wollen unsere Stadtkerne mit einer vielseitigen und ausgewogenen Mischung aus Wohnen, Einzelhandel, Gastronomie, Handwerk, Kultur- und Begegnungsräumen sowie qualifizierten Dienstleistungen und Gesundheitsversorgung beleben. Wir wollen barrierefreie Zugänge und andere Voraussetzungen schaffen, damit ältere Mitbürger und Menschen mit Behinderungen am Verkehr und am öffentlichen Leben teilnehmen können.

Von Bedeutung ist für die FDP ein gut ausgebautes und sicheres Fuß- und Radwegenetz.

Dies gilt vor allem auch mit Blick auf Kinder und deren Wege zum Kindergarten und zur Schule.

Die FDP fordert daher konkrete Maßnahmen:

- **Aufwertung der noch vorhandenen Einkaufstraßen und Ortskerne wie im Stadtumbauprogramm beschlossen, insbesondere Beethovenstraße und Kapellenstr., inkl. Einzelhandelskonzept**
Auch in der schlechten finanziellen Situation halten wir am Stadtumbauprogramm fest, da wir weiterhin wollen, dass Obertshausen attraktiv für Einwohner und Neubürger bleibt. Das Tempo der Umsetzung wird abhängig sein von den finanziellen Möglichkeiten der Stadt sowie der Mittel aus dem Stadtumbauprogramm des Landes Hessen, um die wir uns weiterhin aktiv bewerben wollen.
Die Beethovenstraße als Einkaufszone im Stadtteil Obertshausen muss aus allen Richtungen direkt anfahrbar sein. Dazu muss die Kreuzung Beethovenstr./ Heusenstammer Str. / Rembrücker Weg derart umgestaltet werden, dass ein Linksabbiegen von Heusenstammer kommend ermöglicht wird. Für die Beethovenstraße sollen Möglichkeiten der Umgestaltung geprüft werden, um die Verkehrswege von Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern bestmöglich zu trennen und das Parkplatzangebot für die Einkäufer zu vergrößern.
- **Attraktive familienfreundliche Umgestaltung des Beethovenparks**
Der Beethovenpark soll nicht bebaut werden, sondern zu einer innerstädtischen Oase in der Einkaufszone mit Aufenthaltsqualität umgestaltet werden.
- **Weitere Entwicklung der Projekte des Stadtumbauprogrammes: Neue Mitte als Kultur-, Bildungs- und Verwaltungszentrum**
Auch in der schlechten finanziellen Situation halten wir am Stadtumbauprogramm fest, da wir weiterhin wollen, dass Obertshausen attraktiv für Einwohner und Neubürger bleibt. Das Tempo der Umsetzung wird abhängig sein von den finanziellen Möglichkeiten der Stadt sowie der Mittel aus dem Stadtumbauprogramm des Landes Hessen, um die wir uns weiterhin aktiv bewerben wollen.
- **Anbindung Rembrücker Weg an die Umgehungsstraße**
Der Rembrücker Weg soll an die Umgehungsstraße angebunden werden, damit der Verkehr von und in Richtung Rembrücken nicht mehr durch Obertshausen fließt.
- Sinnvolle Nutzung des Bahnhofsgebäudes mit Vorplatz (z.B. Café)
- Konsequente Durchsetzung der bestehenden LKW-Durchfahrverbote, insbesondere Kappung der „Waldhof-Route“
- Erhalt der ortsnahe Versorgung der Bürger durch Ärzte und Gesundheitseinrichtungen
- **Frankfurter Flughafen:**
Der Frankfurter Flughafen trägt wesentlich zu der wirtschaftlichen Bedeutung und Prosperität der Rhein-Main-Region bei. Der Flugverkehr führt andererseits aber auch zu erheblichen Belastungen für die Bewohner in den angrenzenden Gemeinden. Auch Obertshausen ist in hohem Maße mit betroffen.
Einem Ausgleich zwischen den Interessen des Flughafenbetreibers und den Fluggesellschaften einerseits und den Nachbargemeinden bzw. ihren Bewohnern andererseits kommt damit eine besondere Bedeutung zu. Hierzu gehört das strikte Nachtflugverbot wenigstens in der Zeit von 23:00 bis 05:00 Uhr, das den Anwohnern des Flughafens als Ausgleich für dessen weiteren Ausbau von der Hessischen Landesregierung zugesichert

Wahlprogramm der FDP Obertshausen zur Kommunalwahl am 27.3.2011



worden ist. Maßnahmen des aktiven Schallschutzes müssen zu einer Entlastung für alle Betroffenen führen und nicht zu einer bloßen Verlagerung des Fluglärms.

Daher fordert die FDP im Einzelnen:

- **Verwirklichung des strikten Nachtflugverbots** wenigstens in der Zeit von 23:00 bis 05:00 Uhr;
- **Keine Einführung des „segmented approach“** (weder in der Nacht noch am Tage) durch die Einrichtung neuer Anflugrouten, die zu einer bloßen Umverteilung des Fluglärms führen;
- Umsetzung nur der Maßnahmen aus dem ersten Maßnahmenpaket „Aktiver Schallschutz“, die zu einer **absoluten Entlastung für alle Betroffenen** führen;
- **Schaffung von Planungssicherheit in der Region**; keine sog. „Demokratisierung“/Streuung des Fluglärms ohne das Einvernehmen zwischen allen Betroffenen.
- **Schaffung von rechtsstaatlichen Grundsätzen genügender Verfahren** bei der Entwicklung von Maßnahmen zum aktiven Schallschutz, insbesondere Beteiligung und Anhörung aller Betroffenen.
- Wir werden darauf hinwirken, dass Verkehrslärm nicht mehr isoliert nach Verursacher betrachtet wird (nur Fluglärm, nur Schienenverkehr, nur Straßenverkehr), sondern kumulativ für den Ort, an dem er auftritt und damit **Lärmaktionspläne** möglich werden, deren Ergebnisse beim Bürger ankommen.

Innovative Wirtschaftsförderung – Vorfahrt für Arbeit!

Kommunen stehen – insbesondere im Rhein-Main-Gebiet - in der Wirtschaftspolitik in einem starken Konkurrenzkampf. Jeder Unternehmer hat eine Vielzahl von Standorten zur Auswahl. Er wird sich für den Standort entscheiden, der ihm langfristig die besten Entwicklungsperspektiven bietet. Verkehrsanbindung, Steuersätze und die schnelle Abwicklung von Verwaltungsvorgängen sind die wesentlichen Entscheidungskriterien für die Standortwahl.

Darüber hinaus müssen Städte und Gemeinden in vielen Bereichen zur Stärkung der Gewerbekultur noch verbraucherfreundlicher werden. Die Unternehmen sollen die nach dem Ladenschlussgesetz möglichen Freiräume noch besser wahrnehmen können und von den Kommunen dabei unterstützt werden (bürgerfreundliche Öffnungszeiten der Ämter, etc.). Die Innenstädte müssen marktgerecht und einkaufsfreundlich gestaltet werden, wozu ein attraktives Parkraumprogramm beiträgt, z.B. durch die Ausweisung von mehr Parkplätzen in den Kommunen. Liberale Kommunalpolitik wird dazu beitragen, die Funktionsmischung an gewachsenen, innerstädtischen Einzelhandelsstandorten zu bewahren und zu fördern.

Daher will die FDP Obertshausen:

- Keine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes
- Ansiedlung von neuen Betrieben in den ausgewiesenen Gewerbegebieten
- Schnelle Baugenehmigungen und kurzfristige Entscheidungen sollen ein positives Investitionsklima schaffen.
- Die Wirtschaftsförderung muss einen engem und regelmäßigen Kontakt mit den vorhandenen und potentiellen Gewerbetreibenden pflegen und als „Wegweiser“ und Servicecenter innerhalb der Verwaltung dienen.
- Die Stadt muss ein Interesse daran haben und aktiv betreiben, dass brachliegende Flächen wie z. B. Teile des YMOS-Geländes vom Eigentümer saniert und wieder einer Nutzung zugeführt werden.
- Für Obertshausen soll ein Einzelhandelskonzept erarbeitet werden.

Sichere Stadt

Das steigende persönliche Unsicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger erfordert eine Reaktion nicht nur der Stadtverwaltung, sondern aller Einwohner Obertshausens. Die liberale Bürgergesellschaft braucht die Freiheit der Entfaltung, aber auch den konsequenten Schutz vor Gewalt, Kriminalität und Belästigung. Das Ziel der Sicherheit auf Straßen und Anlagen ist nur unter Mithilfe der Bürger selbst zu erreichen. Hier gilt es, für neue Ideen zu werben: „Hinsehen statt wegschauen; helfen statt wegducken.“ Engagement und Zivilcourage sind liberale Bürgertugenden, für die wir werben. Eine verbesserte Zusammenarbeit aller Verantwortlichen, wie bei den Präventionsräten, trägt zu einem wirksamen Schutz der Bürger bei:

- Wir wollen ein schönes und gepflegtes Stadtbild, welches zu einem erhöhten Sicherheitsempfinden der Bürger beiträgt.

Wahlprogramm der FDP Obertshausen zur Kommunalwahl am 27.3.2011



- Eine sachgerechte Polizeipräsenz muss durch Bürgerinitiativen wie „Nachbarn schützen Nachbarn“ und Präventionsräte ergänzt werden.
- Präsenz der Ordnungspolizei erhöhen, z. B. im ruhenden Verkehr und mobile Geschwindigkeitsüberwachung
- Öffnung der Präventionsräte für interessierte Bürger

Toleranz und Integration

Das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern, Einheimischen und Zugezogenen, ist ein wichtiger Punkt für eine harmonische und friedliche Gesellschaft.

Deutschland ist ein Einwanderungsland.

Die meisten Zuwanderer tragen positiv zu Hessens Internationalität und unserem gemeinsamen wirtschaftlichen Wohlstand bei. Doch wir müssen uns auch um diejenigen kümmern, die aufgrund mangelnder Bildung und Qualifikation in Parallelgesellschaften verdrängt worden sind und sich dort eingerichtet haben.

Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche und Politikfelder in unserem föderal organisierten Gemeinwesen betrifft. Die wichtigste Integrationsebene ist jedoch die Kommune. Denn hier leben, wohnen und arbeiten die Menschen. Hier sind die Krippen, Kindergärten, Schulen und Vereine, in denen gemeinsam gelernt und das menschliche Miteinander eingeübt wird. Unsere Aufgabe ist es deshalb, vor Ort Unterstützungssysteme zu etablieren, die zum frühen Erwerb von Sprachkompetenz, einer individuellen Förderung von Begabungen und nicht zuletzt zu einer gemeinsamen Werteorientierung beitragen. Dabei müssen Politik, Verwaltung, Bildungseinrichtungen, Ausländerbeiräte, die lokale Wirtschaft und vor allem die zahlreichen Bürger, die sich in diesem Bereich bereits ehrenamtlich engagieren, miteinander vernetzt und auf gemeinsame Ziele eingeschworen werden.

Integrationsangebote sind eine Pflichtaufgabe der Gesellschaft. Doch ebenso besteht für Migranten die Pflicht, diese Angebote anzunehmen.

Aufgabe und Ziel liberaler Integrationspolitik ist es, die Zuwanderer zu einer gleichberechtigten Teilnahme am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben auf Basis der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes hinzuführen. Die gemeinsame Sprache ist als Verständigungsmittel dazu unersetzbar.

- Angebote zum Erlernen und Verbessern der deutschen Sprache für alle Altersstufen

Stärkung des Bürgerengagements: Lebensqualität durch vielfältiges Kultur- und Vereinsleben

Leben in der Gemeinde bedeutet vor allem Leben in der Gemeinschaft. In dieser Gemeinschaft sind Sport- und Kulturvereine ebenso unverzichtbar wie soziale Initiativen. Wer am Leben in der Gemeinde aktiv und interessiert teilnimmt, steigert seine persönliche Lebensqualität. Das Gefühl der Verbundenheit mit dem Ort, in dem man lebt, kann nur aus dem Engagement „Bürger für Bürger“ erwachsen.

Liberaler Kommunalpolitik tritt dafür ein, dass Vereine und Initiativen notwendige Freiräume und Rahmenbedingungen erhalten, um sich entfalten zu können. Für die FDP sind Eigeninitiative, Selbsthilfe und das Ehrenamt untrennbar verbunden mit dem Einsatz für die Gemeinschaft. So sind die vielfältigen Sportvereine herausragende Beispiele funktionierender, eigenverantwortlicher Bürgeraktivität.

Ziele liberaler Kommunalpolitik sind deshalb:

- die Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Ausüben des Ehrenamtes durch Qualifizierung, Anleitung, Vereinfachung von Verwaltungsvorschriften,
- darüber zu wachen, dass das Ehrenamt nicht als Ersatz für professionell Erforderliches missbraucht wird. Das Ehrenamt soll vielmehr notwendige zusätzliche Leistungen ermöglichen.
- die Zusammenführung engagierter, hilfswilliger Bürger mit Hilfe Suchenden in Anlaufstellen (Freiwilligen-Agenturen), die Unterstützung für Selbsthilfegruppen, die sich durch Eigeninitiative und Eigenverantwortung auszeichnen. Die Unterstützung soll aber immer zeitlich begrenzt und am notwendigen Bedarf orientiert gewährt werden, damit der Charakter einer privaten Initiative gewahrt bleibt.

Ein vielfältiges Kultur- und Vereinsleben ist ein bedeutsamer Gradmesser für die Lebensqualität in unserer Stadt. Liberale Kulturpolitik ist seit jeher offen für neue Wege und Ideen. Gleichzeitig gilt es,

Wahlprogramm der FDP Obertshausen zur Kommunalwahl am 27.3.2011



unser kulturelles Erbe zu bewahren und weiterzugeben. Die Basis dafür sind finanzielle Leistungen der Gemeinden, ebenso wie ehrenamtliches Engagement, Stiftungen und Kultursponsoring von Unternehmen und Privaten. Ein breit gefächertes Angebot von Aktivitäten ist heute ein wichtiger Standortfaktor.

- Die FDP setzt sich dafür ein, kulturelle Netzwerke zwischen Vereinen, Kommunen und Institutionen zu bilden, um auf diesem Weg größere, finanziell aufwendigere Projekte durchzuführen und vorhandene Ressourcen optimal zu nutzen.
- Kultur und Kulturpolitik bestimmen auch die Zukunftschancen der jungen Generation. Die FDP setzt sich für eine frühe kulturelle Förderung der Kinder ein und legt einen besonderen Schwerpunkt auf die musisch-kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen.
- Lebenslanges Lernen soll im Rahmen der Erwachsenenbildung ausgebaut werden. Immer weniger Menschen gehen mit ihrem gelernten Ausbildungsberuf in den Ruhestand, da sich die beruflichen Anforderungen mit der Zeit ändern. Um diesem Wandel mitzumachen, brauchen die Menschen Angebote in der Nähe.
- Das Bildungsangebot der Volkshochschule mit Volksbildungswerk und Musikschule wollen wir bedarfsgerecht fördern und unterstützen.
- Wir setzen uns für ein Bildungszentrum in Obertshausen auf Basis „KuBiz“ ein (Kultur- und Bildungszentrum für den Ostkreis – Haus des Lebenslangen Lernens HLL Ost)
- Die zukunftsichernde Förderung der Vereine in Zeiten knapper Kassen sichert die Vielfalt für morgen; Engagement kann man nicht bezahlen, aber fördern.

Kinder- und familienfreundliches Obertshausen

Ohne Kinder hat unsere Gesellschaft keine Zukunft.

Die Bildung und Erziehung unserer Kinder beginnt von Anfang an und ist zu allererst Aufgabe der Eltern. Um sie bei dieser Aufgabe bestmöglich zu unterstützen, muss die Partnerschaft von Familie, Krippe, Kindertagesstätte und Schule stärker aufeinander abgestimmt werden. Für uns steht bei allen Angeboten und Initiativen das Kind mit seinen individuellen Lernvoraussetzungen, seiner Persönlichkeit und seinem Entwicklungsstand im Mittelpunkt. Aus Sicht des Kindes muss das Bildungs- und Betreuungsangebot mit den Notwendigkeiten der elterlichen Berufstätigkeit in Einklang gebracht werden.

Kinder und Karriere müssen nebeneinander möglich sein. Das gilt auch für allein erziehende Mütter und Väter. Wer Flexibilität im Beruf zeigen soll, muss auch auf flexible Ganztagsbetreuungsangebote zurückgreifen können.

Möglichst unterschiedliche Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen wie auch individuelle Betreuungsdienstleister wie Tagesmütter sollen den Eltern ein Angebot machen können. Dadurch wird das eigenständige Profil einer Einrichtung weiterentwickelt und der Wettbewerb gefördert.

Eine ebenso wichtige Rolle spielen konstante Öffnungs- und Betreuungszeiten bei den Übergängen von der Krippe zur Kindertagesstätte oder Schule, insbesondere in den Ferien.

Bezahlbare Betreuungseinrichtungen sind der Schlüssel, um den Kindern unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder religiösen Herkunft eine faire Bildungschance auf ihren Weg zu einem freien und selbstbestimmten Leben zu geben.

- Für eine liberale familienfreundliche Politik ist ein Angebot von Ganztageskinderplätzen mit flexiblen Öffnungszeiten elementar. Dabei sind Öffnungszeiten an den Bedürfnissen der Eltern flexibel auszurichten.
- Bildung, gerade frühkindliche Bildung muss Schwerpunkt der Förderung sein. Alleine sie schafft wirkliche Chancengleichheit für die Kinder.
- Für die älteren Kinder müssen Ganztagsbetreuungsangebote wie die betreute Grundschule sowie Ferienspiele/-betreuung geschaffen und verbessert werden.
- Altersgruppenorientierter Ausbau und Verbesserung der Kinderspielplätze; deren Pflege und die Sicherheit müssen einen hohen Stellenwert einnehmen.
- Die FDP fordert den Erhalt des vielseitigen und zukunftsorientierten Bildungsangebots in erreichbarer Nähe.
- Angebot bzw. Beratung/Vermittlung von Betreuungsangeboten außerhalb der „normalen“ Arbeitszeiten
- Sicherheit der Kinderspielplätze und Bolzplätze ist weiterhin ein hohes Gut.
- Weiterverfolgung des Kinder- und Jugendfarmprojekts gemeinsam mit der Stadt Heusenstamm in Obertshausen

Selbstbestimmtes Leben stärken – Liberale Seniorenpolitik

Ältere Menschen müssen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Alter bedeutet heute eben nicht Abhängigkeit von anderen, sondern muss ein möglichst lange selbstbestimmtes Leben meinen. Die meisten Älteren sind aktiv und wollen ihre Zeit sinnvoll in das Gemeinwesen einbringen. Von ihren Erfahrungen können alle profitieren. Zu den Zielen der Seniorenpolitik gehört die Gestaltung von Rahmenbedingungen für ein würdevolles Alter, die es Seniorinnen und Senioren ermöglicht, ihr Leben selbstständig und eigenverantwortlich bestimmen und gestalten zu können und ohne Angst vor Einschränkungen in der Gesundheitsversorgung leben zu können. Schwerpunkt der Seniorenpolitik müssen Generationengerechtigkeit und Vermeidung von Altersdiskriminierung sein. Angesichts veränderter Familienstrukturen müssen flexible, bedarfsorientierte Angebote von ambulanten und stationären Einrichtungen der Seniorenpolitik und der Pflege sowie alternative Betreuungsangebote geschaffen werden. Dazu zählen auch Einrichtungen für generationsübergreifendes Wohnen.

- Ausbau der Angebote zum barrierefreien oder betreutem Wohnen
- Schaffung bedarfsgerechter Pflege- und Betreuungsangebote zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen.
- Erhalt der örtlichen Infrastruktur für den Alltag auf kurzen Wegen (Ärzte, Einkauf,)

Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen – Liberale Umweltpolitik

Umweltschutz ist in erster Linie eine Angelegenheit aller Bürgerinnen und Bürger. Umweltschutz in der Kommune ist eine fachgebietsübergreifende Aufgabe, um die Lebensinteressen der Menschen und den Erhalt der Umwelt harmonisch in Einklang zu bringen. Liberale Kommunalpolitik handelt nach dem Grundsatz des verantwortungsvollen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen. In Umwelt- und Naturschutz haben vertragliche Regelungen absoluten Vorrang vor Gesetzen und Verordnungen. Der Land- und Forstwirtschaft kommt in Bezug auf den Erhalt der Kulturlandschaft eine wichtige Rolle zu. Die wichtigen Themen Energieeinsparung, Flächenversiegelung, Wasserversorgung, Abwasserbehandlung und Entsorgung von Abfällen werden auch in den nächsten Jahren Hauptaufgabe der Stadt bleiben, bei denen sie ebenso wie bei der Nutzung regenerativer Energien auch im Rahmen der Möglichkeiten eine Vorbildfunktion wahrnehmen sollte.

- Die FDP unterstützt die Arbeit der Naturschutzverbände.
- Die FDP fordert den sorgfältigen Ausgleich aller Eingriffe in die Natur - insbesondere keine weitere Zerstörung von Naherholungsgebieten – damit Erhaltung des Kreuzlochs und des Seewiesenwäldchens.
- Neue Wohnbebauung in Obertshausen nur durch innerörtliche Verdichtung oder Neubebauung vorhandener Flächen.